

Bezugspreise:  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, durch die Post 22,50 Mark,  
ausw. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
poststellen angenommen. Im  
ausw. Zeitungen sind nur un-  
ter Angabe der Zeitungsnummer  
zu bestellen. Die Zeitung wird  
unverändert eingegangen. Ein-  
schreiben wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Zustimmung des Verlegers ge-  
stattet. Fern- und Schreibzettel  
1140, der Zusätze 1141, Nr. 1418  
u. 1411, der Bezugs-Abg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Naale-Zeitung

Die rundfünfsigste Jahrgang.

Anzeigenpreise:  
Die 8 Spalten 34 mm breite  
Metzelle oder deren Raum 60 Pf.,  
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen  
die 92 mm breite Metzelle  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unser Geschäftsstellen u. sämtliche  
Anzeigenstellen. Verlagsort:  
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schließung um Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Frau Bremer-  
straße 12, Dr. Braunhauser, 17.  
Neben-Geschäftsstellen: Groß-  
Kirschstraße 52 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4606.

Nr. 345.

Halle, Dienstag, den 27. Juli 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Die Spa-Debatte im Reichstage.

Dr. Rathenaus  
Entweder — Oder.

Deutsch-nationale und völkervereinlichende Kräfte versuchen es neuerdings, die Argumente, die Dr. Rathenaus in der Sonnabend-Sitzung des Reichswirtschaftsrates für die Notwendigkeit der Unterwerfung in Spa angebracht hat, als mein höchsthaftig hinzustellen, und es werden Kommentare darauf geschrieben, die eine Verfrühung des Kapitums im Gefolge haben lassen oder zum mindesten doch haben können. Da in den Stützungsberichten die Ausführungen Rathenaus so gelöst wiedergegeben waren, daß sich daraus kein abschließendes Bild ergibt, erhebt es sich umgekehrt, die Hauptpunkte der Rathenaus'schen Rede nochmals ausführlicher zu wiederholen.

Dr. Rathenaus führte aus:  
Man hat gesagt, die Alternative habe gelautet: Die Lieferung oder Okkupation. So lautet sie nicht. Es war so fragen: Was geschieht, wenn die Franzosen einmarschieren? Werden dann die 2 Millionen Tonnen geliefert oder nicht? Die Antwort lautete, sie werden geliefert werden. Die Alternative lag somit anders aus. Sie hatte den Sinn: Lieferung mit oder ohne Okkupation. Ziehen wir von diesen beiden Alternativen die Lieferung ab, so bleibt die Okkupation. Man hatte sich abzumindern damit, ohne einen entscheidenden wirtschaftlichen Vorteil zu erzielen. Es war zweifellos, daß die Okkupation sich nicht bewähren würde mit 2 Millionen, vielmehr trat im Augenblick unserer Weigerung die Lieferungsverpflichtung nach dem Friedenvertrage in Kraft. Von hat Herr Stinnes gesagt, den Franzosen wäre es nicht möglich gewesen, das Maximum abtransportieren. In Frankreich wäre es aber gewesen, so hätte ich dem entgegen, daß sie auf dieses Quantum die Hand legen konnten, es als Eigentum behandeln könnten. Wenn die Entente den Lieferungs von rund 1 Million bestmöglich akzeptierte, so hätte es ihr natürlich freigestanden, uns diesen Lieferungs zu verweigern. Vielmehr hätte sie dies zu Weltmarktzwecken angeboten. Das hätte eine Differenz von etwa 1 Milliarden Vermerk bedeutet. Unbützig, stillschweigend und ohne mit der Wimper zu zucken, hätte sie der größte Teil der Reparationsfrage mit erledigt werden. Diese Alternative war eine der besten, die eintreten konnte.

In dem Augenblick, wo die Frage der fassenden Alternative entfiel, war, was es den Sachverständigen nicht mehr möglich, sie so zum rein wirtschaftlichen Standpunkt zu betrachten, sie waren ohne mehr verpflichtet, abzulehnen, ob sie mit oder ohne politisches Mandat nach Spa gegangen waren, die Konsequenzen in ganzen Umfang ins Auge zu fassen. (Sehr richtig!) Hierin geht auf die Frage des Grabenholzes. Ich möchte wissen, ob man demjenigen Substanten ein Material verweigern kann, der das Material in der Hand hat, bei dem Leben und unsern Tod bedeutet. (Zustimmung.) Das Grabenholz wäre also in langen Rängen nach Frankreich gewandert. Es wäre außerdem noch ein ähnlicher Fall gewesen, wenn sich die Franzosen mit der Lieferungsverpflichtung des Friedensvertrages begnügen hätten. Wir wissen ja, wie viel Unrecht geschieht und geschieht ist. Was wäre die Lage von Frankreich infolge der Okkupation gewesen? Neben keine wirtschaftlichen, politischen und militärischen Begünstigung hätte es noch die industrielle Segenheit in Europa in die Hand bekommen. Freuen mußte ich sagen: Zunächst wird Frankreich abtransportieren, was es kann. Danach wird man uns ein Quantum zum Kauf anbieten, und man wird Eisenbahn sehr stark beschaffen. In demselben Zeitraum, in dem diese Verhandlungen schweben, ist ja ein französischer Gesandter in München eingeschickt worden. Die Konsequenzen überlasse ich Ihrer Ermägung, ebenso die Folgen an Verwirrung und Unruhe. Die Veranlagung Süddeutschlands hätte voraussetzlich Gefühl erzeugt, die im Interesse der Reichseinheit kaum wünschenswert wären. Die Folge wäre vielmehr gewesen, daß ein französisches Proletariat nicht ungenutzte gesehen wäre und unter einem solchen eine besondere Induzie sich entwickelt hätte. Ich möchte die Unterstellung abweisen, daß Arbeiter und Arbeitgeber innerlich und äußerlich von Spa die durch die Okkupation notwendig herbeiführten Zustände gewünscht oder bemerkt haben könnten. Das hindert nicht, stark ins Auge zu fallen, daß, abgesehen von den schwereren Folgen der Okkupation die rein wirtschaftlichen Zustände des Reichslandes noch die günstigsten im Reich gewesen wären. Die Franzosen hätten zweifellos auf eine gute Belieferung der dortigen Industrie gedrungen und alle möglichen Maßnahmen getroffen, um soziale Neuankastlungen zu verhindern und direkt auf die Abfertigung des Landes hingearbeitet durch finanzielle oder steuerliche Erleichterungen. Einwas Schlimmeres hätte uns nicht geschehen können. Es wäre die schwerste Entscheidung der deutschen Einzelheit gewesen, ich bedauere die Unterstellungen gegen diesen Punkt, welche ich das Abkommen anweisen sind. Besonders bedauerenswert ist der Vorwurf einer fremdlandischen Gewinnung, der erhoben worden ist. Wir wollen das begraben sein lassen und die Gegenfrage nicht noch

weiter vertreiben. Nicht an das Trennende, sondern an das Eingende wollen wir denken! Zweifellos ist der Gedanke nicht unrichtig, daß in jedem Augenblick der Gedanke der Okkupation neu aufgeworfen werden würde. Gegen diese Gefahr gab es eben kein Mittel. Demgegenüber ist aber das Gefährliche: Spa hat die Möglichkeit der Völker vorwärts gebracht. Wenn früher im feindlichen Ausland die höchste Notwendigkeit sich geltend machte bei jedem Gedanken eines Nützens an dem Friedensvertrage, so scheint doch jetzt der Gedanke durchzugehen zu sein, daß die Durchführbarkeit erst geschaffen werden muß. Dazu ist es nicht möglich, von Diktat zu Diktat zu eilen. Eine deutsche Interkristallität, wenn sie eine freie ist. Diese Überzeugung brach sich Bahn, und das verminderte mit jedem Monat die Gefahr, daß man von neuem mit einem brutalen Ultimatum an Deutschland heranträte würde. Die Ergebnisse, die Spa gebracht hat, sind also: Es ist erstmals eine Gefahr abgewendet worden. Zweitens haben zum ersten Mal zwischen den früheren Kriegführenden Verhandlungen stattgefunden, die löslich waren oder doch die Tendenz zur Löslichkeit hatten. Drittens ist zum ersten Male Deutschland wieder Vertrauen erwiesen worden. Dieses Vertrauen war ein persönliches. Es wurde freimütig und unaufgefordert und bezugt von den Engländern, Italienern und zum Teil auch von den Franzosen. War haben das dem fühlen, klaren, würdigen und vornehmen Vorgehen unseres Außenministers zu verdanken. (Sehr großer Beifall.) Zufrieden können wir niemals sein mit einem solchen Ergebnis, wie wir es in Spa erreicht haben. Aber ins Land hinaus darf nicht der Gedanke getragen werden, daß Beschlüssen, Fortschritten, Verräterien begangen worden sind, sondern der Gedanke, daß man sich einer schweren Notwendigkeit aus zwingenden Gründen gefügt hat.

Wir müssen gemeinsame Arbeit leisten. Damit werden wir nicht nur unser eigenes Schicksal steuern, sondern auch unsere Stellung in der Welt wieder zurückgewinnen. Zweifellos sind die Zeiten, in die wir hineingehen, dunkel. Die Gefahren sind da. Die Wirtschaftlichkeit wird wahrscheinlich noch ausbleiben. Aber die Gefahr ist nicht das einzige Schicksalsmittel im Lande. Arbeiten Sie an den anderen Produkten ebenso wie an der Kohle. Die Verteuerung vieler Urprodukte und Zwischenstoffe ist so groß, daß darunter unsere Exportfähigkeit leidet und ein Käuferstreik ausgebrochen ist. Hier liegen ebenso starke Gründe für die Arbeitslosigkeit wie in der Kohlenfrage. Hier wird der Reichswirtschaftsrat tatkräftige Arbeit leisten müssen. Gemeinsam müssen wir vorwärts gehen. Freude und hohe Arbeit müssen wir am eigenen Leibe leisten, dann kommen wir auch über die schweren Zeiten hinweg. (Sehr großer Beifall.)  
Aber in diesen Worten Dr. Rathenaus lediglich Bänder von sehr trügerischem Schein und mangelndem Volksempfinden erfüllt, wie es in der getragenen Abendausgabe der „Halle'schen Allgemeinen Zeitung“ der Fall ist, kann die Rede unmöglich genau gelesen haben. Sie hat als Grundlage neben klaren, verstandesmäßigen Schlägen ein echtes warmes Gefühl für die Not des Volkes, allerdings des Volkes in seiner Gesamtheit und nicht nur für bestimmte Schichten desselben. Darum auch der beachtenswerte Hinweis auf die Notwendigkeit, nicht alles nur unter dem Gesichtswinkel der Kohlenfrage zu betrachten, sondern bei der gemeinsamen Arbeit zur Überwindung der Krise viel weiter zu greifen. Rathenaus Gedankengänge decken sich genau mit den Ideen, die gerade in der letzten Zeit wiederholt an dieser Stelle ausgesprochen worden sind.

### Deutscher Reichstag.

10. Sitzung. Montag, 26. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr.  
Die Tribünen weisen eine reiche Fülle auf, das gleiche sind das Haus und die Ministerbank fast besetzt.  
Präsident Loebes bekennt der deutschen Abstimmungsergebnisse in Österreich, ein Stolz und Trost für uns. Wie können jetzt der Abstimmung in Oberösterreich in Ruhe entgegenzehen. Die Abstimmung erfüllt uns auch mit der Hoffnung, daß auch die anderen uns auferlegten Lasten des Verfallers Friedens wieder gut gemacht werden, freilich nicht mit Gewalt, sondern aus der Macht des Rechts. Er bekennt aller, die ihr Bestemnis zum deutschen Vaterlande dargelegt haben. (Allseitiger Beifall.)  
Der erste Punkt der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten wird gemäß dem Antrag von Lunge (Ztr.) und Müller-Francken (Soz.) durch Zurufe erledigt.  
Der bisherige Präsident und der Vizepräsident werden wiedergewählt.  
Reichskanzler Rechenbach erteilt sodann Bericht über Spa und dankt dabei dem Minister des Auswärtigen Doktor Simons für die geleistete Arbeit. Viel Neues löst

sich über Spa nicht sagen, zumal das meiste schon durch die Presse bekannt geworden sei. Die Verhandlungen hätten sich nicht zwischen gleichen Parteien vollzogen, sondern den Charakter eines ultimatumartigen Diktats getragen. Zweimal standen wir vor der Frage des Abbruchs der Verhandlungen. Wir haben uns schließlich gefügt, aber sowohl bei der Entwaffnungsfrage, wie bei der Kohlenfrage unser Standpunkt gewahrt. Unter beständigem Druck basiert auf dem Volkrecht, weshalb müßte wir den Einmarsch der fremden Truppen ablehnen. Gegen den Einmarsch gibt es nur ein Mittel, die eingegangenen Verpflichtungen so sorgfältig wie möglich zu erfüllen.

In Bezug auf die Reichswehr haben wir keine offenen Ehren gefunden, es wurde uns nur eine Frist von einem halben Jahre zugestanden. Auch in der Entwaffnung unseres Volkes müssen wir den Wünschen der Entente entsprechen, um das Militärwesen zu beseitigen. Er warne deshalb vor etwaigen Putzchen oder Unruhen, die jetzt gerade ein Verbrechen an der Nation seien. In den nächsten Tagen werde eine entsprechende Gesetzesvorlage dem Hause zugehen. Auch in der Kohlenfrage sind viele Sachverständige der Ansicht, daß die uns auferlegten Ratten unmöglich seien, aber in der Gefahr greife man zu dem letzten Mittel, um das große Unglück des Vaterlandes zu vermeiden. Alle Kräfte müssen herangezogen werden, um die Aufgabe zu erfüllen.

Er dankt der Bergarbeiter-Schaft für ihre vaterländische Umgebung, daß sie die Last auf sich nehmen, aber desgleichen auch den Transportarbeitern, die im Reichswirtschaftsrat eine öffentliche Erklärung der Bereitwilligkeit abgegeben haben. Einem kraftvollen Volke ist bei Anspannung aller Kräfte auch das Unmöglichste schon möglich geworden. Jetzt soll es zeigen, welche körperlichen, geistigen und moralischen Kräfte ihm innewohnen. (Sehr großer Beifall.)

Minister des Auswärtigen Dr. Simons verweist zur Unterstreichung seiner Ausführungen auf die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Protokolle, die namentlich zur Entwaffnungsfrage und zur Kohlenfrage genaue Unterlagen gibt und auf die Stellungnahme der Sachverständigen enthält, namentlich die Ausführungen der Herren Stinnes und Stinnes. Er dankt im Namen des Kabinetts allen Sachverständigen für ihre hingebende Tätigkeit, für die Ergebnisse von Spa aber tragen die Minister gemeinsam die Verantwortung und harren des Urteils des Hauses. Er bitte nicht dem einzelnen nachzuforschen, wie sich jeder einzelne Minister zu den einzelnen Punkten gestellt hat. Für uns war es ein Ringen um die einzelnen Punkte, für die Entente war es mehr. Es handelte sich für sie um die Verteilung der Beute von Versailles. Das unsere Gegner den Friedensvertrag von Versailles unbedenklich zu vollziehen, wenn sie uns in Spa haben gewonnen. Das heißt es nicht immer von Schwächlingen reden, sondern die Jahre stillschweigend zusammenschieben und ihn durchzuführen versuchen. Der Friede entspricht weder dem Waffentilstand, noch dem Völkerecht. Wir müssen warten, bis eine bessere Macht die Gegner eines besseren belehrt. Bis dahin wollen wir uns bemühen, dem Vertrage zu entsprechen. Die Ministern würden den Einmarsch ins Ruhrgebiet als einen Sprung ins Dunkle nur sehr ungern vorgenommen haben, aber sie hätten es trotzdem getan, wie ihm Graf Sforza selbst gesagt habe. Was dann bei der einbreitenden Sabotage geschehen werde, sei nicht auszudenken. Er treue sich, in dem Volkshausen Parlament einen Mann nach Berlin bekommen zu haben, der die wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich wiederherstellen wolle.

Recher kommt dann auf die Klagen-Angelegenheit zu sprechen. Die französische Postkraft habe das Auswärtige Amt vorher von der geplanten Forderung verständigt. Wir waren im Unrecht und müßten für den Bereich eines Fahren Genugtuung geben, sowie wir sie in vielen Fällen für uns verlangt haben. Gegen die französische Postkraft in München habe er bereits protestiert, trotzdem habe Herr Dard den bairischen Ministerpräsidenten wie Fieten aus dem Busch übermumpelt. Bayern seinerseits wird seinen Gesandten nach Paris schicken. Eine Furcht vor der bairischen Regierung wegen etwaiger Erwidlung einer neuen Mailinlinie sei absolut unangebracht.

Was die Verfassung Dr. Dortens anlangt, so habe er gegen denart eigenmächtige Handlungen einzelner Regierungstellen sein Verständnis. Es liegt hier unrichtig ein Verstoß gegen das Völkerecht vor. Herr Dortens sei bereits wieder unterwegs nach Wiesbaden. In der Kohlenfrage hat Lunge Worte an unsere Gunken eingeworfen. Er hat dabei aber nicht an unseren Vorteil gedacht, aber er hat einen offenen Blick, und ich will ihm, der jetzt erkannt sein soll, wünschen, daß er bald wiederbergeht sein wird. — Mit Italien werden sich unsere Beziehungen bald wieder einrichten, da wir viele gemeinsame Interessen haben. Mit Amerika befinden wir uns noch immer

# Deutsches Reich.

im Kriegszustande. Ein Ende in vor März nächsten Jahres nicht abzusehen, dagegen sehen aber dritten immanente Bestrebungen ein, für die wir herzlich danken.

Er befrucht sodann die äusseren Erlebnisse in Spa und behauptet, daß sowohl der Hof der belgischen Bevölkerung autage getreten sei. Er geht hierauf zu einer Schilderung des Verlaufes der Konferenz über und legt dar, wie allmählich sich an Stelle des hohen Diktats die Möglichkeit von Verhandlungen ergab, was namentlich bei der Abänderung der Sicherheitspolitik autage trat. Bei der Entwurfsfrage blieb die Genie mitunter, trotz der drohenden Verwundung im Osten. Wir wölen in dem russisch-polnischen Kampfe neutral sein, aber der Verfaller Vertrag macht uns dies schwer. Wir lassen daher keine Transporte für die beiden Mächte durch unser Gebiet hindurch und haben jede Ausfuhr von Waffen und Munition dorthin unterlagert. Man hat uns vorgeworfen, wir hätten die bolschewistische Regierung jetzt anerkannt. Das sei schon zur Zeit des Friedens von Brest-Liwostok der Fall gewesen.

Er sehe auch nichts Schlimmes an der Sowjetrepublik, es werde dort eine rege Aufbaufätigkeit getrieben, die uns vielfach als Muster dienen könne. (Beifall links. Zuruf links: Das habt ihr wohl nicht erwartet.) Nun hat man uns geraten, uns in Rußlands Arme zu werfen, um die Verfaller Verpflichtungen loszumachen, bevor werden wir uns fütien. Wir hätten an einem dreifätigen Freige genue. Wenn Polen seine fünfjätige Aufgabe darin luche, eine Brücke zwischen Rußland und Deutschland zu bilden, werde es eine höchst unglückliche Zukunft haben. Das Gegenteil fönne der Fall sein, wenn es eine Brücke sein solle. Deutschland habe nichts gegen Polen. Er kommt sodann auf Bela Kun zu sprechen. Nachdem das Auswärtige Amt Kenntnis von der Anwesenheit Bela Kuns erhalten hätte, müßte es der Genie des Oberen mit Ungarn gegenüber einzusetzen und ihm und seine Kollegen festnehmen. Solange die Besonnenen sich bei uns befinden, wird ihnen nichts geschehen. Stellt sich heraus, daß Bela Kun nur ein politischer Verbrecher ist, wird er dorthin gebracht werden, wo ihn er mütigt. In anderen Fälle wird er ausgeföhrt.

Der Minister befrucht die Verhandlungen im Reichspräsidentenrat, verließ die dort angenommene Resolution und appelliert an den Haus die Forderungen zu unterföhren. Redner fätigt mit einem Ruf auf Genf, wo wir uns unsere Leistungsfähigkeiten und den Bedürfnissen Frankreichs die Mitte gegenüben werden müßte und appelliert an das Haus, der Regierung das gleiche Vertrauen mit auf den Weg zu geben, wie bei der Konferenz in Spa.

Die Befragung wird sodann auf morgen vertagt. Eine Reihe kleinerer Vorlagen wird ohne Beratung in allen drei Lesungen genehmigt.

Nächste Sitzung morgen 2 Uhr. — Schluß 7 1/2 Uhr.

## Die Denkschrift über Spa.

Brüssel, 26. Juli. Das dem Reichstag zugewandene Weiskbuch über Spa enthält eine Denkschrift mit 26 Anlagen. Die Einleitung der Denkschrift behandelt die Einberufung der Konferenz. Die Anlagen dazu enthalten die Einladungsnote und das Verzeichnis der Delegierten. Die Denkschrift ist in 5 Abschnitte: 1. Militärische Fragen. 2. Die Kriegsgeldleistungen. 3. Die Kohlenfrage. 4. Wiederherstellung. 5. Die Ernährungsfrage.

Anlagen zum ersten Abschnitt sind eine Denkschrift über die Organisation der Sicherheitspolizei, die Noten des Präsidenten der Konferenz wegen Nichterfüllung militärischer Verpflichtungen und wegen Nichtherabsetzung der Heeresfätigkeit, beide vom 12. Juli, die deutschen Vorschläge über die Verminderung der Heeresstärke vom 12. Juli, das Konferenzprotokoll vom 9. Juli und antilige Verzichtung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 12. Juli, die sich gegen die Darstellung wendet, als hätte Deutschland durch die Unterzeichnung der militärischen Abmachungen einen Freibrief für die weitere Befragung des belgischen Gebietes gegeben.

Im Abschnitt 2 ist als Anlage das Konferenzprotokoll vom 10. Juli über das Verfahren gegen die Kriegsgeldleistungen beigefügt.

Der 3. Abschnitt gibt zunächst ein Bild dessen, was seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Sachen der Kohlenlieferungen geschehen ist. Daran föhlet sich eine fassen Darstellung des verwickelten Ganges der Verhandlungen von Spa. Als Anlagen sind beigefügt die Entscheidungen der Allierten vom 7. Juli. Ein Auszug aus den Noten von Simmes und Graf vom 10. Juli, eine Tabelle der Kohlenlieferungen und des Kohlenbestandes in Deutschland vom Juli 1919 bis zum Mai 1920, der erste deutsche Vorschlag zur Kohlenfrage, eine Wiederbericht über die Sachverständigenkonferenz vom 11. Juli, die Erklärungen des zweiten deutschen Vorschlages durch Simmes und Wöhlen vom 13. Juli, der dritte deutsche Vorschlag mit der Antwort der Allierten vom 15. 7. Der letzte deutsche Vorschlag vom 15. 7. mit der Erklärung von Georges über die Lieferungen aus Oberföhren, das Konferenzprotokoll vom 16. Juli mit Anfang und Aufzählungen über die finanzielle Wirkung des Kohlenabkommens.

Im 4. Abschnitt über die Wiederherstellung sind die finanziellen Vorschläge der deutschen Regierung, der Plan für die Aufschüttungen gemäß Artikel 236 und Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages und eine Anregung für die Durchföhren des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete, sowie eine Zusammenfassung der erledigten Lieferungen und Lieferungen, die Deutschland auf sein eigenes Aufbaumaterial anzurechen sind, beigefügt.

Nach dieser Zusammenfassung beträgt der Gesamtwert der abgetretenen Saargruben nach vorläufiger Schätzung 1 Milliarde Goldmark, der Wert des anrechnungsfähigen Reichs- und Staats-eigentums in den abgetretenen Gebieten etwa 68 Milliarden Goldmark, dazu kommen als eigenliche Lieferungen die abgetretene Handelsflotte mit mindestens 4 Millionen, die in der Abtretung begriffenen Tiere mit mindestens 180 Millionen (diese Zahl wird sich nach dem Weltmarktpreis noch bedeutend erhöhen), die stromfreie abgetretene landwirtschaftlichen Maschinen mit 12 Millionen, die bis am 1. Juli 1920 lieferten 5 850 000 Tonnen Kohlen mit 280 000 000, Farbstoffe mit 5 Millionen, Wert der Kabel nach Weg der Regierungsverfälschung mit 64, 68 Millionen, Eisenbahnmateriale mit rund 1,25 Milliarden Goldmark. Für die verschölenen all-

ierten Kommissionen wurden bisher gezahlt rund 9 Millionen Goldmark. Der Wert der Rückföhler ist mit 65 Millionen Goldmark anzuweisen. Das gibt zusammen eine Summe von 20 Milliarden, 103 Millionen, 650 000 Goldmark. Gemäß Artikel 235 des Friedensvertrages können aus den ersten 20 Milliarden bezahlt werden Rohstoffe und Lebensmittelbezüge, sowie die Unterhaltung der Bevölkerung. Der bisherige Geldeinsatz für die Unterhaltung der Bevölkerung auf mindestens eine halbe Milliarde geschätzt werden.

Der 5. und letzte Abschnitt über die Ernährungsfrage weist darauf hin, daß die Verhandlungen mehrfach Gelegenheit boten, die schwierige Ernährungsfrage der Kohlenarbeiter zur Sprache zu bringen. Als Anlage ist eine Note vom 12. Juli über die Ernährungsfrage Deutschlands beigefügt.

## Der internationale Gerichtshof.

Haag, 24. Juli. Die internationale Juristenkonferenz zur Prüfung der Vorschläge für die Gründung eines internationalen Gerichtshofes hat gestern ihre Schlußsitzung abgehalten. Ihre Vorschläge geben darauf hinaus, daß im Haag ein für die Gerichte des Völkerrechts bestehendes Gericht zu errichten und vier Ersatzrichter bestetzt. Die Richter werden für die Dauer von neun Jahren durch die allgemeine Versammlung und durch den Rat des Völkerbundes aus einer Kandidatenliste, die der Schiedsgerichtshof im Haag aufstellt, gewählt. Die Entscheidungen des Gerichtshofes müssen auf dem geschriebenen Völkerrecht beruhen und auch das allgemeine als feststehend anerkannt gewöhnliche Recht zur Grundlage haben. Es wird eine eigene Rechtsprechung aufstehen kommen. Der Genehmigung des Vorklages hat der Ausschuss drei Wünsche hingewiesen, nämlich:

1. Der Völkerbundrat soll baldmöglichst eine neue allgemeine Weltkonferenz zusammenberufen, die die begonnenen Arbeiten der weiten Haager Konferenz fortsetzt und ausbaut, und daß dieser Konferenz eine Reihe weiterer Konferenzen folgen sollen.
2. Die allgemeine Versammlung des Völkerbundes wird angefragt, die Möglichkeit für die Gründung eines internationalen Gerichtshofes zu ermögen, der fänftig die Vergehen gegen das internationale Recht und gegen den Völkerbundrat erledigen soll, und der ferner die Vergehen, die durch die allgemeine Versammlung oder durch den Rat des Völkerbundes dem Gerichtshof zur Behandlung überwiefen werden, erledigen soll.
3. Die Arbeit für internationale Recht, die im Jahre 1913 im Haag geendigt wurde, aber ihre Arbeiten infolge der Zeitumstände nicht entfallen konnte, soll nunmehr baldmöglichst ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

## Vom russisch-polnischen Rieen.

Warsch, 25. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Nationalzeitung“ berichtet, sind russische Truppen in Suwalsk einmarschirt. Die Polen haben die Paremoline bei Gomel gerüdet. Wie verlautet, hat sich Petljura bei Polen losgesagt, in der für Diktatorien des Selbstbestimmungsrecht verlangt wird.

## Zum Schutze Ostpreußens.

Königsberg, 25. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Bureauverfälscht, wie die interalliierten Kommission der ost- und westpreussischen Abtinnungsgebiete im Laufe des heutigen Tages den deutschen Truppen, die sich in der Gegend von Rautenburg an der Grenze des Abtinnungsgebietes befinden, die Erlaubnis geben, in diesem einmarschieren, da die dort befindlichen Truppen an Zahl zu gering sind.

## Lord Cecil über den Völkerbund.

Paris, 26. Juli. Lord Robert Cecil hatte eine Unterredung mit einem Vertreter des „Zeit Journal“, in der er sich über den Völkerbund aussprach. Er erklärte, daß man jetzt in bezug auf Rußland von Europa seit 18 Monaten begangenen Irrtum einsehen müßte, den Frieden einzig und allein auf militärische Elemente gründen zu wollen, ohne sich um wirtschaftliche Beziehungen zu kümmern. Sein Wunsch von gutem Willen hätte Frankreich Geschichtswissen freizig machen können; man habe sich auch gegen ein freies Polen nicht gewendet. Die Befragung der Rheinlande sei ein zweifelhaftes Glück für Frankreich. Man könne ein fremdes Land nicht auf die Dauer behelen, ohne sich selbst zu schwächen. Amerika werde niemals in eine englisch-französisch-amerikanische Allianz einwilligen. Auch England wolle seine Allianz, nein, nur ein festes Gewandnis mit Frankreich. Im Völkerbund müßte Rußland und Amerika offiziell vertreten sein. Man könne Europa ohne Deutschland nicht wieder aufbauen. Amerika werde sich je mehrmals erst später dem Völkerbund anschließen, wenn dieser ein festes Gebäude geworden ist. Vorläufig müßte man ohne Amerika fertig werden.

## Das deutsch-schweizerische Kohlenabkommen.

Basel, 24. Juli. Zu dem unter dem 9. Juli zwischen Deutschland und der Schweiz abgeschlossenen Kohlenabkommen erstehen die „Basler Nachrichten“ folgende Einzelheiten. Deutschland verpflichtet sich, 6 Monate lang für je 15 bis 20 000 Tonnen Ausfuhrkohlenprodukte und 15 000 Tonnen Infrakohlenteiche Braunkohlprodukte die Ausfuhrbewilligung zu erteilen. Die Schweiz liefert dafür frittisch. Das Abkommen läuft bis zum 15. Januar 1921, kann aber, falls sich die Notwendigkeit ergibt, um beiden Parteien, mit einer zweimonatlichen Frist verlängert werden. Die Prelle werden wie folgt festgelegt: für die ersten 20 000 Tonnen Kohle 168 Franken je Tonne, für die weiteren 20 000 Tonnen 204 Franken je Tonne und für alle darüber hinausgehenden Lieferungen 220 Franken je Tonne. Für Kohlen werden 180 Franken je Tonne gezahlt.

## Neues von der ehemaligen deutschen Flotte.

Paris, 23. Juli. Wie aus Oberburg gebracket wird, sind dort die ehemaligen deutschen Kreuzer „Königsberg“, „Stuttgart“, „Strasbourg“ sowie drei deutsche Rekrücker aus England eingetroffen und haben auf der Reed: Anker geworfen. Wie ferner aus London gemeldet wird, ist das bei Scapa Flow versenkte Kriegsschiff „Bader“ wieder flottgemacht und nach Bortsmouth abgehleppt worden. Es wird in die englische Flotte eingestelt werden. Es ist darauf hinzudeuten, daß die „Bader“ eins der besten und modernsten deutschen Panzerkreuzer war.

Aufhebung der Standesvorrechte des Adels. Im Reichsanzeiger“ ist am 22. Juli ein von der Bundesversammlung beschlossenes Gesetz über die „Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Aufhebung der Hausvermögen“ veröffentlicht worden. Danach werden u. a. aufgehoben, das Recht, auf die Präbiate Königl. Sobelt, Sobelt, Durchlaucht und bergl. und auf besondere Ehrenten (Landestruer, Ehrenwägen usw.), ferner das Recht Titel oder Auszeichnungen zu verliehen, „die den Adel in sich haben“, das Recht, besondere Berechtigung in Körperfätigkeiten des öffentlichen Rechts, die Berechtigung des öffentlichen Rechtes, das Recht, besonderen Strafschüzes und die Befreiung von Recht, Verhaftung und sonstigen Beschränkungen der persönlichen Freiheit. Ferner bestimmt das Gesetz, daß die in Preußen befindlichen Hausvermögen bis zum 1. April 1923 von den bestellten Familien aufzulösen sind.

Die deutsch-dänische Grenzfrage. Nach einer Nachricht der „Nationalzeitung“ aus Helsingborg forderte die internationale Grenzregulierungskommission die Bewohner der nordöstlichen Grenzgemeinden auf, etwaige Wünsche über die Föhren der Grenzlinien zu äußern. Die Kommission macht darauf aufmerksam, daß sich nur um Grenzverbesserungen in ganz geringem Maßstabe handele. Es könne nur die Rede sein von Abweichungen im Sinnbild auf die Schräglinie der Einzelnen. Schriftlich begründete Anträge sollten vom 1. bis 15. August eingelangt werden.

Die Belgier verlangen die Auslieferung des Generals von Lemmer. Am August 1914 wurden bekanntlich 117 Belgier aus dem Dorfe Hissignol auf Befehl der deutschen Militärbehörde am Bahnhof von Arlon erschossen. Vor wenigen Tagen nun wurden die Leichen exhumiert und unter großer Feierlichkeit in ihrem Heimatort Hissignol beigesetzt. Aus diesem Anlaß verlangt die gesamte belgische Presse, daß der deutsche General von Lemmer, der für die Erhebung der 117 Einwohnern von Hissignol verantwortlich ist, soll und beschlagn auf der Auslieferung der Leichen, nicht vor einem deutschen, sondern vor belgischen Gerichten abzurteilen und daher auszuliefern sei. Wie die „Nation belge“ dazu berichtet, bestföhigten zahlreiche Persönlichkeiten, denen sich die Einwohnern von Arlon und Hissignol in ihrer Gesamtheit angeschlossen haben, sich an die belgische Regierung mit dem Erluchen zu wenden, die Auslieferung des General von Lemmer durchzuführen.

Seine Freilassung Dr. Dortens. Nach Erundigungen beim Frankfurter Polizeipräsidenten ist Dr. Dortens nach Belgien überföhrt worden. Vorher seine Freilassung ist weder hier noch in Mainz etwas bekannt. Auch in Berlin amtlichen Stellen ist von einer Freilassung Dr. Dortens nichts bekannt.

## Ausland.

### Beiträgen in Ceupeu.

Paris, 26. Juli. Nach einer Meldung aus Brüssel hat der Gerichtshof in Verdere 11 junge Leute, die in Ceupeu angehöht Propaganda gegen Belgien betrieben hatten, zu je 40 Tagen Gefängnis verurteilt.

### Abflauen des Borkfotes gegen Ungarn.

Wien, 26. Juli. In den letzten Tagen mehren sich die Anzeichen, als ob der Borkfot gegen Ungarn etwas abflauen und als ob man Mittel und Wege luche, ohne formelle Aufhebung dem nun schon fünf Wochen wähernden höchst unerföhlichen Zustande ein Ende zu bereiten. Heute wird gemeldet, daß der Obmann des österreichischen Transportarbeiterverbandes, Abg. Fortner, nach Amsterdam reisen wird, wo die internationale Gewerkschaftskonferenz zu einer Beratung über den Borkfot zusammentritt.

### Albanischer Angriff auf Balona.

Rom, 25. Juli. (Eigene Meldung.) Einem amtlichen Bericht zufolge haben die Albaner einen großen Angriff auf Balona unternommen. Es wurden mit Hilfe der Schiffsartillerie nach nachföhndem Geschütz zurückgeworfen und erlitten schwere Verluste.

### Befragung Adrianopels durch die Griechen.

Atina, London, 26. Juli. Die „Times“ melden, daß die griechischen Truppen am 25. Juli in Adrianopel eingetroffen sind. Die Stadt hat nicht gelitten.

## Provinzial-Nachrichten.

O Merseburg, 26. Juli. (Schlimmer Ansaan eines Ausfluges.) Eine in der Nacht von mehreren belgischen Einwohnern in letzter Stimmung unternommene Exkursion hatte einen bösen Ausgang. Sie nahmen in ihrer Radstunde auf einem nach Halle föhrenden Geschütz Platz. Anfolge ihres Zustandes fielen zwei nachdemander beide der Leute von dem Geschütz auf die Straße, der dritte fiel hinter ab, um keine abhanden gekommenen Kollegen aufzuföhren. Der eine der Abgestürzten wurde fütig tot auf der Landstraße in der Nähe des Weeses von Schönow nach Corbeke aufgefunden, der Sturz auf das harte Mäher hatte seinen Tod herbeigeföhrt. Es handelt sich um den verkehrten in Schneibermeier Franz, föhlich aus dem Schiffsartillerie. Der zweite Abgestürzte, Schweizer Anton Griner aus der Saalstraße wurde nicht weit davon in schwerer verletztem Zustande aufgefunden und nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht. Der dritte Teilnehmer, ebenfalls ein Schneibermeier, kam mit einem leichten Anstoß davon und war in Schlaf gefallen. Das Geschütz konnte bisher nicht ermittelt werden.

Röthen, 26. Juli. (Unglück beim Speerwerfen.) Als zwei Schülerabteilungen der Friedrichs-Realschule im Sportplatz Speerwerfen übten, wurde infolge eigener Unachtsamkeit der Schüler Grinits von dem Speer in die rechte Brust getroffen. Der Schmerzelte wurde sofort mittels Krankenwagen dem Kreisranfenzhaus und nach am gleichen Abend der Döllnischen Klinik ausgetöhrt. Da die Lunge verletzt ist, besteht keine Aussicht auf Erhaltung des Lebens des Knaben.

Im Ortsteil am Rennfels, 26. Juli. (Famamentab.) Am Mittwoch nachmittags brach in dem Dörfchen des Wohnhauses von Karl Friedric Schmitz Feuer aus, das infolge einer großen Ausdehnung annahm. Während der Vöherarbeiten erschloß abermals der Feu: Feuer. Es brannte der Dachstuhl des Wohnhauses von Döler. Dies im entgegengekehrten Teil des Dries. Im oberen Stock dieses Hauses wohnte die 19 Jahre alte Familie des Herrsch Schmitz. Bis auf die frant im Bett liegende 78 Jahre alte Großmutter wurden sämtliche Familienmitglieder abgefunden. Man gab sich alle erdenkliche Mühe, die alte Frau zu retten, aber leider gelang es nicht.





